Urschrift

Sitzungsbuch der Gemeinde Pähl

Sitzungsniederschrift

über die öffentliche Sitzung
im Sitzungssaal des Rathauses Pähl

am 28.07.2011

I. Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)
2.	Vollzug der Baugesetze; Bebauungsplan "Biogasanlage"; Behandlung der während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
3.	Vollzug der Baugesetze; Antrag auf Vorbescheid zur Sanierung und Umnutzung eines bestehenden, denkmalgeschützten Bauernhofes zu 3 Wohneinheiten und Neubau eines Wohngebäudes mit 2 Doppelhaushälften und Garagen, Flurnummer 3164, Gemarkung Pähl
4.	Parksituation Kerschlach; Beauftragung der Verwaltung zur Anschaffung von 8 Zonenparkverbotsschildern für den Ortsteil Kerschlach; Beschlussfassung
5.	Vollzug der Baugesetze; Antrag auf Baugenehmigung: Aufstockung des bestehenden eingeschossigen Einfamilienhauses auf dem Grundstück Flurnummer 925/19, Gemarkung Fischen, Hohe Reinäckerstraße 4, 82396 Pähl – Fischen/Aidenreid,
6.	Vollzug der Baugesetze; Versetzung eines Stadels auf dem Grundstück Flurnummer 649, Gemarkung Pähl, nach Westen zur Grundstücksgrenze hin;
7.	Brückensanierung Burgleitenbach; Anforderung eines Angebotes zur Vorbereitung der Auftragsvergabe
8.	Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes

II. Feststellung der Beschlussfähigkeit:

ANWESEND

Name

Bemerkung

Vorsitzender

Werner Grünbauer

Mitglieder

Alexander Zink

Thomas Baierl

Friedrich Bernhard

Daniel Bittscheidt

Wolfgang Czerwenka

Johann Gstaiger
Gerhard Müller
Hubert Pentenrieder
Peter Promberger
Franz Sailer
Kaspar Spiel
Johann Weber
Franz Wörl

Abwesend (entschuldigt)

Alfons Keller

Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder geladen sind, die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 1 GO).

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 22.07.2011 mittels schriftlicher Ladung durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

III: Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung (Art. 52 GO):

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung am 22.07.2011 ortsüblich durch Anschlag an den Anschlagtafeln bekannt gemacht.

Die Sitzung wurde um 19:30 Uhr eröffnet und um 21:15 Uhr beendet.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Werner Grünbauer
1. Bürgermeister

Winfried Rohde

Genehmigt durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 15.09.2011.

Begrüßung

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 22.07.2011 mittels schriftlicher Ladung und Aushang durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Gemeinderat somit nach Art. 47 Abs. 2, 3 GO beschlussfähig ist und eröffnet die Sitzung.

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)

Sachverhalt:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 14.07.2011 wurde dem Gemeinderat mit der Ladung in schriftlicher Form übersandt.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Pähl genehmigt das Sitzungsprotokoll der öffentlichen Sitzung vom 14.07.2011.

Abstimmung

12 : 0

2. Vollzug der Baugesetze; Bebauungsplan "Biogasanlage"; Behandlung der während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Sachverhalt:

In der Zeit vom 24.05.2011 bis zum 07.06.2011 wurde die vorgezogene Bürgerbeteiligung sowie die erste Anhörung Träger öffentlicher Belange nach § 3, Abs. 1 und § 4, Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs.1, § 4 Abs. 1 BauGB wurden die Träger öffentlicher Belange angeschrieben und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung gegeben.

Die Verwaltung erklärt die Stellungnahmen und die vorbereiteten Beschlussvorschläge.

Im Folgenden werden die Bedenken und Anregungen der einzelnen Träger öffentlicher Belange zum vorgelegten Bebauungsplan vorgebracht.

Der Gemeinderat entschließt sich zu Sammelbeschlüssen für jede Stellungnahme.

1. Folgende Träger haben keine Einwendungen vorgebracht:

- Bayerische Bauernverband Geschäftsstelle Weilheim, Schreiben vom 08. 06. 2011
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, Schreiben vom 31. 05. 2011
- Tourismusverband Pfaffenwinkel, Schreiben vom 06. 06. 2011

- Regierung von Oberbayern Gewerbeaufsichtsamt, Schreiben vom 27. 05. 2011
- Handwerkskammer für München und Oberbayern, Schreiben vom 06. 06. 2011
- Vermessungsamt Weilheim, Schreiben vom 06. 06. 2011
- Wasser- und Bodenverband, Schreiben vom 03. 06. 2011

2. Von folgenden Trägern wurden Bedenken oder Anregungen vorgebracht:

Regierung von Oberbayern, Landesplanungsbehörde, Schreiben vom 06. 06. 2011

Zur Vermeidung der Zersiedelung der Landschaft sind Neubauf Flächen möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen (vgl. LEP B VI 1.1 Z). Zu den Neubauf Flächen werden auch Flächen für Energiegewinnungsanlagen (z.B. Geothermie-, Biogas-, Biomasse-, Photovoltaikanlagen usw.) gezählt und entsprechend bewertet. Im vorliegenden Fall ist das Plangebiet nicht an eine geeignete Siedlungseinheit angebunden. Auch im Hinblick darauf, dass ein Teil der Leistung für Heizzwecke verwendet werden soll, ist ein angebundener Standort erforderlich.

Die Planung kann an dem vorgesehenen Standort nicht mit dem genannten LEP-Ziel in Einklang gebracht werden.

Kommentar:

In der Regierung von Oberbayern hat ein Abstimmungsgespräch zwischen der Gemeinde Pähl und Vertretern der Höheren Landesplanungsbehörde stattgefunden. Als Ergebnis wurde vereinbart, dass die Gemeinde Pähl eine Standortanalyse für die Biogasanlage anfertigt, mehrere mögliche Standorte untersucht und bewertet und darin nachweist, dass das vorgesehene Grundstück zwischen Fischen und Pähl der günstigste Standort für eine Biogasanlage in der Gemeinde Pähl ist.

Beschlussvorschlag:

Für den Bau einer Biogasanlage ist eine Standortanalyse zu erarbeiten und der Regierung von Oberbayern und dem Landratsamt Weilheim-Schongau zur Prüfung vorzulegen.

AWA Ammersee, Schreiben vom 30. 05. 2011

Den Planunterlagen ist nicht zu entnehmen, ob das Grundstück an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation angeschlossen werden soll. Sollte dies der Falls sein, kann das für die zusätzliche Bebauung benötigte Abwasserkontingent zur Verfügung gestellt werden.

Die Entwässerung kann aber nur mittels Anschluss an die Druckleitung von Pähl nach Fischen erfolgen.

Dem Entwurf des Bebauungsplanes der Gemeinde Pähl wird unter folgenden Bedingungen/Auflagen/Hinweisen zugestimmt: Das neue Baugrundstück ist im Trennsystem zu entwässern. Der öffentlichen Entwässerungsanlage der AWA-Ammersee dürfen nur Schmutzwässer zugeführt werden. Dach- und Hofflächen sowie Zufahrten, Straßen und Parkplätze können nicht an die Kanalisationsanlage der AWA Ammersee angeschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Beim Betrieb der Biogasanlage wird voraussichtlich kein Abwasser anfallen. Vorsorglich ist in die Begründung des Bebauungsplanes der folgende Hinweis aufzunehmen: Falls durch das Vorhaben Abwasser anfallen sollte, ist das Baugrundstück im Trennsystem zu entwässern. Der öffentlichen Entwässerungsanlage der AWA-Ammersee dürfen nur Schmutzwässer zugeführt werden. Dach- und Hofflächen sowie Zufahrten, Straßen und Parkplätze können nicht an die Kanalisationsanlage der AWA Ammersee angeschlossen werden.

Wasserwirtschaftsamt Weilheim, Schreiben vom 07. 06. 2011

Wasserversorgung

Die Deckung des künftigen Wasserbedarfs ist nicht gesichert, da ein Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgung nicht vorgesehen ist und sonstige Wasserbezugsmöglichkeiten nicht vorhanden sind.

Abwasserentsorgung

Da die Gemeinden nach § 56 WHG i. V. m. Art. 34 BayWG zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind, ist festzulegen, wie die Abwasserentsorgung konkret zu erfolgen hat. Im Abwasserbeseitigungskonzept der Gemeinde Pähl ist das betroffene Grundstück mit der Fl. Nr. 1621 nicht als bezeichnetes Gebiet (Entsorgung dauerhaft über Kleinkläranlagen) definiert, so dass sämtli-

che Bauvorhaben vor Bezug an die zentrale Abwasseranlage (gemeindlicher Abwasserkanal) im Trennsystem anzuschließen sind.

Beschlussvorschlag:

Wasserversorgung

Für den Betrieb der Biogasanlage wird kein Trinkwasser benötigt. In der Begründung ist darauf hinzuweisen.

Abwasserentsorgung

Beim Betrieb der Biogasanlage wird voraussichtlich kein Abwasser anfallen. Vorsorglich ist in die Begründung des Bebauungsplanes der folgende Hinweis aufzunehmen: Falls durch das Vorhaben Abwasser anfallen sollte, ist das Baugrundstück im Trennsystem zu entwässern. Der öffentlichen Entwässerungsanlage der AWA-Ammersee dürfen nur Schmutzwässer zugeführt werden. Dach- und Hofflächen sowie Zufahrten, Straßen und Parkplätze können nicht an die Kanalisationsanlage der AWA Ammersee angeschlossen werden.

Staatliches Bauamt Weilheim, Schreiben vom 30. 05. 2011

Bauverbot:

Außerhalb der zur Erschließung von Staatsstraßen bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt gilt gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStr.WG für bauliche Anlagen bis 20 m Abstand vom äußeren Rand der Fahrbahndecke Bauverbot. Die entsprechende Anbauverbotszone ist im Bauleitplan darzustellen.

Es wird darauf hingewiesen, dass jede Werbung außerhalb geschlossener Ortschaften verboten ist.

Erschließung:

Das von der Bauleitplanung betroffene Gebiet schließt den Bereich der freien Strecke der St 2056 von Station 1,400 bis 1,500 ein.

Die Erschließung des Grundstücks des Bauleitplanungsgebietes ist ausschließlich über das untergeordnete Wegenetz vorzusehen (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 18 Abs. 1 und Art. 19 Abs. 1 BayStrWG).

In die Satzung ist folgender Text aufzunehmen: Eine unmittelbare Zufahrt von dem Grundstück zu der im Betreff genannten Straße ist nicht zulässig.

Die Entwässerung der Einmündungsfläche muss durch entwässerungstechnische Maßnahmen so gestaltet werden, dass kein Oberflächenwasser der im Betreff genannten Straße bzw. dem

dazu parallel verlaufenden Rad- und Wirtschaftsweg zufließen kann (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Im Einmündungsbereich der Zufahrt darf auf eine Länge von mind. 20 m die Längsneigung 2,5 % nicht überschreiten (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Die Eckausrundungen der Einmündung müssen so ausgebildet sein, dass sie von den größten nach der StVO zugelassenen Fahrzeugen ohne Benutzung der Seitenräume befahren werden können. Die entsprechende Schleppkurve nach RAS-K ist einzuhalten (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Sichtflächen :

Die in den Plan einzutragenden Sichtflächen sind mit den Abmessungen Tiefe 5 m in die Zufahrt, Länge parallel zum Rad- und Wirtschaftsweg 30 m in den Geltungsbereich des Bauleitplanes zu übernehmen (Art. 29 Abs. 2 BayStrWG i. V. m. § 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, unter Berücksichtigung der RAS-K).

Zur Freihaltung der Sichtflächen ist folgender Text in die Satzung zum Bebauungsplan aufzunehmen: Innerhalb der im Bebauungsplan gekennzeichneten Sichtflächen dürfen außer Zäunen neue Hochbauten nicht errichtet werden; Wälle, Sichtschutzzäune, Anpflanzungen aller Art und Zäune sowie Stapel, Haufen u.ä. mit dem Grundstück nicht fest verbundene Gegenstände dürfen nicht angelegt werden, wenn sie sich mehr als 0,80 m über die Fahrbahnebene erheben. Ebenso wenig dürfen dort genehmigungs- und anzeigefreie Bauten oder Stellplätze errichtet und Gegenstände gelagert oder hinterstellt werden, die diese Höhe überschreiten. Dies gilt auch für die Dauer der Bauzeit.

Baumpflanzungen:

Von den o.g. Sichtflächen sind die beiden vorgesehenen Baumpflanzungen unmittelbar nördlich und südlich der Zufahrt betroffen. Die Planung ist dahingehend zu ändern, dass die notwendigen Sichtdreiecke (5/30 m) von Sichthindernissen freigehalten werden.

Beschlussvorschlag:

Bauverbot:

Das Vorhaben befindet sich nicht in einer Ortsdurchfahrt. Es ist mit dem Staatlichen Bauamt zu klären, ob die Anbauverbotszone auch im Außenbereich gilt. Gegebenenfalls ist die Anbauverbotszone in den Plan einzutragen.

Es ist ein Hinweis aufzunehmen, dass an der Straße Werbung unzulässig ist.

Erschließung:

In die Satzung ist folgender Text aufzunehmen: Eine unmittelbare Zufahrt von dem Grundstück zu der im Betreff genannten Straße ist nicht zulässig.

Die Entwässerung der Einmündungsfläche muss durch entwässerungstechnische Maßnahmen so gestaltet werden, dass kein Oberflächenwasser der im Betreff genannten Straße bzw. dem

dazu parallel verlaufenden Rad- und Wirtschaftsweg zufließen kann (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Im Einmündungsbereich der Zufahrt darf auf eine Länge von mind. 20 m die Längsneigung 2,5 % nicht überschreiten (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Die Eckausrundungen der Einmündung müssen so ausgebildet sein, dass sie von den größten nach der StVO zugelassenen Fahrzeugen ohne Benutzung der Seitenräume befahren werden können. Die entsprechende Schleppkurve nach RAS-K ist einzuhalten (§ 1 Abs. 6 Nr. 9 BauGB i. V. m. Art. 9 Abs. 1 BayStrWG).

Sichtflächen :

Die Sichtflächen sind mit den Abmessungen Tiefe 5 m in die Zufahrt, Länge parallel zum Rad- und Wirtschaftsweg 30 m in den Geltungsbereich des Bauleitplanes zu übernehmen

Zur Freihaltung der Sichtflächen ist folgender Text in die Satzung zum Bebauungsplan aufzunehmen: Innerhalb der im Bebauungsplan gekennzeichneten Sichtflächen dürfen außer Zäunen neue Hochbauten nicht errichtet werden; Wälle, Sichtschutzzäune, Anpflanzungen aller Art und Zäune sowie Stapel, Haufen u.ä. mit dem Grundstück nicht fest verbundene Gegenstände dürfen nicht angelegt werden, wenn sie sich mehr als 0,80 m über die Fahrbahnebene erheben. Ebenso wenig dürfen dort genehmigungs- und anzeigefreie Bauten oder Stellplätze errichtet und Gegenstände gelagert oder hinterstellt werden, die diese Höhe überschreiten. Dies gilt auch für die Dauer der Bauzeit.

Baumpflanzungen:

Die Planung ist dahingehend zu ändern, dass die notwendigen Sichtdreiecke (5/30 m) von Sichthindernissen freigehalten werden.

Energie Südbayern GmbH, Schreiben vom 10. 06. 2011

Es bestehen keine Anregungen oder Einwendungen. Bitte beachten Sie die bestehende Hochdruckleitung HD 502.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Kreisbandinspektion, Schreiben vom 04. 06. 2011

Es bestehend kein Einwände. Auf die Verpflichtung der Gemeinde zur ausreichenden Ausrüstung der Feuerwehr in diesem Zusammenhang wird jedoch hingewiesen. Für die Gefahrenabwehr im Bereich der Biogasanlage ist unter anderem ein Ex-Messgerät erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Feuerwehr Pähl verfügt über ein Ex-Messgerät.

E.ON-Bayern, Schreiben vom 27. 05. 2011

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine Einwendungen.

Die Art und Weise des Anschlusses der Biogasanlage an das Stromversorgungsnetz der E.ON Bayern AG wird zu gegebener Zeit mit dem Errichter der Biogasanlage im Zuge der erforderlichen Netzverträglichkeitsprüfung gemäß § 5 des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) geregelt.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis wird zu Kenntnis genommen.

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weilheim, Schreiben vom 06. 06. 2011

Die landwirtschaftliche Nutzung der angrenzenden Flächen darf durch diese Bauleitplanung nicht beeinträchtigt werden. Ortsübliche landwirtschaftliche Emissionen sind zu dulden. Die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe, die nahe zum Planungsgebiet liegen, darf nicht eingeschränkt werden. Wir bitten den Verbrauch an landwirtschaftlicher Nutzfläche noch zu minimieren. Forstliche Belange sind nicht betroffen. Sollte eine das Waldrecht betreffende Ersatz- oder Ausgleichsmaßnahme festgelegt werden, ist dazu das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Art. 7 BayWaldG zu beteiligen.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis, dass die angrenzende landwirtschaftliche Nutzung nicht beeinträchtigt werden darf, ist im Plan bereits enthalten.

Landwirtschaftliche Betriebe sind in der Nähe des Plangebietes nicht vorhanden.

Die übrigen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Landratsamt Landsberg am Lech, Technischer Umweltschutz, Schreiben vom

15. 06. 2011

Zum Flächenutzungsplan bestehen keine Einwendungen.

Im Bebauungsplan wird empfohlen, das Maschinenhaus aus dem Gefahrenbereich der Staatsstraße St 2056 weiter in westlicher Richtung aufzustellen.

Beschlussvorschlag:

Das Maschinenhaus ist in westlicher Richtung bis 20 m vom äußeren Fahrbahnrand der St 2056 zu verschieben.

Landratsamt Landsberg am Lech, Städtebau, Schreiben vom

17. 06. 2011

Der Planzeichnung kann nicht entnommen werden, ob die Fermenter und das Endlager ein Dach bekommen.

Die festgesetzten Wandhöhen haben ihren Fußpunkt an der bergseitig angegebenen Höhe ü. NN. Diese entspricht ziemlich genau der jeweiligen Höhenlage des natürlichen Geländes. Somit ergibt sich für die Talseite eine weit größeren Wandhöhe. Dies erscheint an dem weit einsehbaren Westhang unangemessen und stören.

Soweit bekannt hat bei Vorgesprächen der Kreisbaumeister auf eine unterirdische Errichtung der Anlagen hingewirkt.

Wir empfehlen, die Wirkung sämtlicher Anklagen nochmals zu überdenken.

Zu Ziffer 7.3 der Festsetzungen:

Die Lage der Einfriedung sollte genau festgelegt werden. Eine Vorpflanzung auf 1 m Breite ist mit den gesetzlich geforderten Abständen zu landwirtschaftlichen Flächen nicht vereinbar. Zudem lässt ein schmaler Eingrünungsstreifen keine landschaftsgerechte Einbindung der Anlage zu.

Beschlussvorschlag:

Das Dach der Fermenter ist zu präzisieren.

Es ist vorgesehen, die Bauwerke soweit wie möglich abzusenken, falls die Bodenverhältnisse es zulassen bis auf Urgeländehöhe. Die endgültige Höhe der Bauwerke kann erst nach den

Aushubarbeiten festgelegt werden. Sollten die Fermenter tatsächlich eine Höhe von 3,5 m erreichen, so kann im Rahmen des Monitorings eine vergrößerte Ausgleichsfläche festgelegt werden.

Die Einfriedung wird nach innen verlegt.

Landratsamt Landsberg am Lech, Fachlicher Naturschutz, Schreiben vom

22. 06. 2011

Zum Flächennutzungsplan:

Der geplanten Ausweisung eines Sondergebiets „Energie und Landwirtschaft“ mit der Absicht, auf dem Flurstück 1621 eine Biogasanlage zu errichten, kann grundsätzlich zugestimmt werden.

Wir geben jedoch zu bedenken, dass durch die geplante Baugebietes-Ausweisung mit Auswirkungen über den tatsächlichen lokalen Eingriff hinaus zu rechnen ist. So kann die Errichtung einer Biogasanlage durch nachfolgenden Grünlandumbruch, Nutzungsintensivierung und Monostrukturierung unter Umständen weitreichende Veränderungen agrarstruktureller Art sowie negative Auswirkungen auf den Naturhaushalt, die Biodiversität und Durchlässigkeit der Landschaft sowie das Landschaftsbild und die Erholungseignung (Stichwort Naturgenuss) nach sich ziehen.

Deshalb ist diese FNP-Änderung aus fachlicher Sicht dann kritisch zu sehen und abzulehnen, wenn sich der Betrieb der Anlage nicht auf lokal produzierte Erzeugnisse beschränkt und sich sekundäre, erhebliche negative Auswirkungen (z.B. durch Grünlandumbruch, erhöhte Ausstoßung von klimarelevanten Gasen wie CO₂ durch eine weite Anfahrt von Material für die Anlage ...) ergeben.

In diesem Zusammenhang sollte die Gemeinde außerdem auch eventuelle negative, umweltrelevante Wechselwirkungen in Bezug auf die bereits bestehende Anlage in Wielenbach (Betrieb Sporer), beispielsweise hinsichtlich der Materialbeschaffung, bedenken.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die landwirtschaftliche Nutzung oder die Herkunft des Grünmaterials kann durch die Bauleitplanung nicht geregelt werden. Der Gemeinderat weist der Erzeugung alternativer Energie und auch der Verarbeitung von Gülle in der Biogasanlage (Anteil etwa 30 %) besondere Bedeutung zu.

Zum Bebauungsplan:

Grünordnung

Das Einrücken der Einfriedung ist positiv, eine Einpflanzung aber wegen der notwendigen Grenzabstände außerhalb des Zaunes nicht möglich. Vorschlag: Einfriedung innen anbringen. Bodenfreiheit von 15 cm festlegen.

Das Pflanzgebot „pro angefangene 200 m² ist nicht konkret.

Zum Umweltbericht

Bei der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß UVPG ist darzulegen, woher das Material zur Betreibung der Anlage stammt und welche Stoffe verwendet werden. Die Vereinbarkeit der Umweltbelange ist zu prüfen. Der Betrieb darf keinen Grünlandumbruch fördern.

Zum Ausgleichsbedarf

Die Versickerung von Niederschlagswasser im Gebiet sowie die weitgehende Absenkung der Fermenter (Wandhöhe max. 3,5 m) bewirken aus unserer Sicht max. den Reduzierwert von 0,05. Somit kann der Höchstwert für den Ausgleichsfaktor gemäß Leitfaden nur um 0,2 Punkte gesenkt werden. Es ergibt sich somit ein Ausgleichsfaktor von 0,4 für dieses Vorhaben.

Zum Ausgleichskonzept

Eine flächenscharfe Abgrenzung ist zu erstellen und ein Lageplan beizufügen.

Neben dem Verzicht auf Düngemittel sind auch flächendeckende Pflanzenschutzmittel auszuschließen.

Fl.-Nr. 992 Gem. Fischen

Die Gefahr von Nährstoffeintrag durch weiter oben liegende, direkt angrenzende Fläche ist gegeben. Deshalb – und aufgrund der langen Entwicklungszeit kann die Fläche zwar akzeptiert, jedoch nur mit dem Faktor 0,7 angerechnet werden.

Fl. Nr. 1038

Ausgleichsfläche wird nicht akzeptiert wegen der Beschattung im Süden. Sonnige Teilflächen des Grundstücks werden akzeptiert, jedoch nur mit dem Faktor 0,7.

Weitere Anmerkungen

Zu 1.5 Schutzgut Arten und Lebensräume dürfen wir anmerken, dass gemäß unseren Daten im mittleren bis weiteren Umfeld der geplanten Anlage Vorkommen von Wiesenbrütern erfasst sind. Deshalb empfehlen wir im Interesse einer zurecht erwarteten Planungs- und Rechtssicherheit vor der Realisierung in jedem Fall mögliche Auswirkungen des Vorhabens (ggf. über das Planungsgebiet hinaus) im Hinblick auf geschützte Arten im Rahmen einer sogenannten Relevanzprüfung nach §§39 und 44 BNatSchG abzuklären. Bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen ist nämlich darzulegen, dass aus Gründen des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse für die Vollzugsfähigkeit des Planes bestehen.

Anmerkungen zur Begründung

Durch die Ausbringung von gesammeltem, verschmutztem Niederschlagswasser dürfen aus unserer Sicht keine gesetzlich geschützten Biotope oder das Grundwasser beeinträchtigt werden.

Allgemeine Hinweise

Wir empfehlen der Gemeinde z.B. im Bereich des FFH-Gebietes „Moränenlandschaft zwischen Ammersee und Starnberger See“ und entlang der südlich bzw. südwestlich exponierten Moränenrücken nach weiteren Ausgleichsflächen zu suchen.

Nach art. 9 BayNatSchG muss die Gemeinde unverzüglich nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes die Ausgleichsflächen und –maßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches mittels Formblatt und Lageplan an das LfU melden.

Sinnvoll wäre aus unserer Sicht, wenn eine Biogasanlage nicht mehr anderweitig nutzbares Material aus Landschaftspflegemaßnahmen verwerten kann.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sind gegenüber der UNB der Nachweis über eine ausgeglichene Humusbilanz zu führen. Eine mögliche Grünlandintensivierung ist in diesem Zusammenhang äußerst kritisch zu sehen.

Die Grundsätze der guten fachlichen Praxis, insbesondere das Verbot des Grünlandumbruchs auf erosionsgefährdeten Hängen, in Überschwemmungsgebieten und auf Standorten mit hohem Grundwasserstand sowie auf Moorstandorten gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 BNatSchG ist zu beachten.

Beschlussvorschlag:

Grünordnung

Die Einfriedung ist innen vorzusehen anbringen die Bodenfreiheit mit 15 cm festzulegen.

Das Pflanzgebot „pro angefangene 200 m² ist auf die Grundstücksfläche zu beziehen.

Zum Umweltbericht

Im Umweltbericht ist nachzutragen, woher das Material zur Betreibung der Anlage stammt und welche Stoffe verwendet werden..

Zum Ausgleichsbedarf

Es wird angestrebt, die Fermenter vollständig im Boden zu versenken. Die endgültige Höhe der Bauwerke kann erst nach den Aushubarbeiten festgelegt werden. Es bleibt vorerst bei dem festgelegten Ausgleichsfaktor. Sollten die Fermenter tatsächlich eine Höhe von 3,5 m erreichen, so kann im Rahmen des Monitorings eine vergrößerte Ausgleichsfläche festgelegt werden.

Zum Ausgleichskonzept

Die Ausgleichsflächen sind flächenscharfe abzugrenzen und in einem Lageplan darzustellen.

Neben dem Verzicht auf Düngemittel sind auch flächendeckende Pflanzenschutzmittel auszuschließen.

Fl.-Nr. 992 Gem. Fischen

Die Gefahr von Nährstoffeintrag ist bei fast allen Ausgleichsflächen in Bayern gegeben. Eine Reduzierung des Faktors durch diese Gegebenheit ist nicht üblich. Es bleibt bei der Ausweisung.

Fl. Nr. 1038

Es wird eine neue Ausgleichsfläche mit sonnigem Standort festgelegt.

Weitere Anmerkungen

Dem Bauherrn wird empfohlen, vor Baubeginn eine Relevanzprüfung durchführen zu lassen.

Anmerkungen zur Begründung

Die Ausbringung von gesammeltem, verschmutztem Niederschlagswasser ist nicht geplant.

Allgemeine Hinweise

Die ausführlichen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Schreiben vom 01. 06. 2011

Nördlich auf einem Sporn liegt das Bodendenkmal Nr. 1-8032-0067 „Grabhügel der Hallstatt- und frühen Latènezeit“. Die zugehörige Siedlung ist noch nicht gefunden. Wir rechnen hier daher mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem Auffinden von Bodendenkmälern. Zur Vermeidung unbeobachteter Denkmalzerstörungen ist der Beginn des Oberbodenabtrags vom Träger des Vorhabens beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen und die mit der archäologischen Beobachtung beauftragten Fachkraft zu benennen.

Beschlussvorschlag:

Es ist die Festsetzung aufzunehmen, dass der Beginn des Oberbodenabtrags vom Träger des Vorhabens beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen und die mit der archäologischen Beobachtung beauftragten Fachkraft zu benennen ist.

Bayerische Landesamt für Umwelt, Schreiben vom 30. 05. 2011

Konkrete Georisiken sind dem LfU nicht bekannt. Durch eventuelle Mooreinlagerungen im Untergrund können Setzungen auftreten. Dies sollte geprüft und berücksichtigt werden. Die Beschreibung des Bodens im vorgelegten Umweltbericht ist größtenteils auf geologische Informationen reduziert. Statt dessen sollte die Bewertung der Bodenfunktionen aus den Daten der Bodenschätzung abgeleitet werden.

Besonders relevant in Planungsverfahren sind die Bodenteilfunktionen:

- 1. Standortpotenzial für die natürliche Vegetation*
- 2. Retentionsvermögen des Bodens bei Niederschlagsereignissen*
- 3. Natürliche Ertragsfähigkeit landwirtschaftlich genutzter Böden*
- 4. Böden mit bedeutender Funktion als Archiv der natur- und Kulturgeschichte*

Beschlussvorschlag:

Die Beschreibung des Bodens im Umweltbericht ist zu ergänzen.

3. Äußerungen seitens der Öffentlichkeit

- sind nicht eingegangen

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung

11 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen

und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse.
Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
11 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse.
Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
12 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse.
Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher

Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:
Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4

Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
13 : 0

Beschluss:

Beschluss:

1. Der Gemeinderat macht sich sämtliche oben dargestellten fachlichen Wertungen zu eigen und fasst zu den Stellungnahmen die als Beschlussvorschläge formulierten Beschlüsse. Der Planer wird mit der Einarbeitung der beschlossenen Änderungen in die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplanentwurf beauftragt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, einzuholen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmung
12 : 1

3. Vollzug der Baugesetze; Antrag auf Vorbescheid zur Sanierung und Umnutzung eines bestehenden, denkmalgeschützten Bauernhofes zu 3 Wohneinheiten und Neubau eines Wohngebäudes mit 2 Doppelhaushälften und Garagen, Flurnummer 3164, Gemarkung Pähl

Sachverhalt:

Bauherr: Gut Kerschlach Verpachtung GmbH & Co. KG, Gut Kerschlach 1, 82396 Pähl

Als Planungsparameter sind im Vergleich zur letzten Sitzung folgende Neuerungen umgesetzt worden:

- ein Baukörper, keine Teilung / Strukturierung der Baumasse
- Außenmaße des Baukörpers: 10,00 / 15,75 m
- Anzahl der Wohneinheiten: 2
- Ausbildung der Wohneinheiten als 2 DHH, somit hat jede WE eine Gartennutzung
- Situierung des Gebäudes: First in Nord-Süd-Richtung, analog früherer Aussagen des Gemeinderates.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Pähl erteilt sein Einvernehmen zum o. g. Bauvorhaben.

Eine spätere Baugenehmigung muss folgenden Zusatz enthalten:

Die Vorschriften der Stellplatzsatzung der Gemeinde Pähl sind zu beachten.

Abstimmung

13 : 1

4. Parksituation Kerschlach; Beauftragung der Verwaltung zur Anschaffung von 8 Zonenparkverbotsschildern für den Ortsteil Kerschlach; Beschlussfassung

Sachverhalt:

Aufgrund mehrerer eingegangener Schreiben von Bürgern aus Kerschlach wegen der Parkplatzsituation beim Gut Kerschlach wurde seitens der Verwaltung unter Einbeziehung der Polizeiinspektion Weilheim - Herrn Pogorel - eine Ortsbesichtigung auf Gut Kerschlach durchgeführt.

Nach Aussage von Herrn Gemähling handelt es sich um 8 Zonenparkverbotsschilder, die angeschafft werden müssen. Anfang und Ende des Parkverbots müssen jeweils durch ein Schild gekennzeichnet werden.

In der öffentlichen Ratssitzung vom 17.3.2011 wurde die Verwaltung bereits beauftragt, 3 Ortschilder für den Ortsteil Kerschlach mit der Aufschrift „Kerschlach - Gemeinde Pähl - Landkreis Weilheim-Schongau“ vom kostengünstigsten Anbieter zu bestellen.

Durch das teilweise „Wildparken“ gab es in der Vergangenheit vermehrt Probleme für den dort ansässigen Kutschfahrtbetreiber.

Außerdem wird es ernste Probleme bei einem möglichen Feuerwehreinsatz geben.

Eine vermehrte und regelmäßige Kontrolle durch Polizeistreifen, insbesondere an den Wochenenden, wurde seitens der Polizei Weilheim zugesichert, wobei zukünftig Ordnungswidrigkeitsverfahren nach erfolgter Beschilderung gemäß dem

Beschluss:

Für die Lieferung von 8 Zonenparkverbotsschildern sind von der Verwaltung 3 Angebote einzuholen.

Im Rahmen der freihändigen Vergabe ist dem preiswertesten Anbieter der Auftrag zu erteilen.

Abstimmung
14 : 0

5. Vollzug der Baugesetze; Antrag auf Baugenehmigung: Aufstockung des bestehenden eingeschossigen Einfamilienhauses auf dem Grundstück Flurnummer 925/19, Gemarkung Fischen, Hohe Reinäckerstraße 4, 82396 Pähl – Fischen/Aidenried.

Sachverhalt:

siehe Anlage

Das Vorhaben liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB) in einem Gebiet ohne Bebauungsplan (§ 34 Abs. 1 BauGB).

Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem der Baugebiete nach der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB), und zwar einem „Allgemeinen Wohngebiet“.

Das Bauvorhaben fügt sich in die Eigenart der näheren Umgebung ein (§ 34 Abs. 1 BauGB).

Bauherr: Weber, Anton und Alexander, Hohe Reinäckerstraße 3, 82396 Pähl – Fischen/Aidenried

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Bauvorhaben „Aufstockung des Einfamilienhauses um ein Geschoss von Herrn Anton und Alexander Weber, auf dem Grundstück Flurnummer 925/19 Gemarkung Fischen, Hohe Reinäckerstraße 4, 82396 Pähl – Fischen/Aidenried“ zu.

Abstimmung
14 : 0

6. Vollzug der Baugesetze; Versetzung eines Stadels auf dem Grundstück Flurnummer 649, Gemarkung Pähl, nach Westen zur Grundstücksgrenze hin;

Sachverhalt:

Versetzung des Stadels nach Westen an die Grundstücksgrenze durch den Bauherrn, Herrn Mayr, Bernhard, Kirchstraße 3m 82396 Pähl

Abstimmung
14 : 0

7. Brückensanierung Burgleitenbach; Anforderung eines Angebotes zur Vorbereitung der Auftragsvergabe

Abstimmung
14 : 0

8. **Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes**